EP-FH-01-733-3

D – Was Freiheit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	BAG Europa
Beschlussdatum:	08.10.2023

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Von Zeile 732 bis 733 einfügen:
Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK engagieren.

Gemeinsam gegen Menschenhandel

Menschenhandel in all seinen Formen ist ein grenzüberschreitendes Verbrechen mit dem jährlich viele Milliarden Euro umgesetzt werden. Trotz bestehender EU-Gesetzgebung und völkerrechtlicher Verpflichtungen der EU-Mitgliedsstaaten wird die Mehrzahl der Fälle von Menschenhandel bis heute nicht effektiv aufgeklärt.

Frauen und Kinder bilden die überwältigende Mehrzahl der Betroffenen und es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe sie zu schützen, ihnen zu helfen und sie bei der Bewältigung erlittener Traumata zu unterstützen. Aufenthaltsrechtliche Regelungen sollten von der Mitwirkung im Strafverfahren abgekoppelt werden. Minderjährige Betroffene sind unter besonderen Schutz zu stellen.

Die EU-Organe sollen auf die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Menschenhandelsrichtlinie in den Mitgliedsstaaten hinwirken und sie dabei bestmöglich unterstützen. Die Mitgliedsstaaten sind gefordert, eigene Aktionspläne zur effektiven Bekämpfung von Menschenhandel zu entwerfen und in Zukunft zu einer besseren Identifizierung der Opfer und Täter sowie einer verbesserten Datenlage beizutragen.

Schließlich fordern wir eine entschlossene, grenzüberschreitende Zusammenarbeit der zuständigen Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden und Fachberatungsstellen sowie die verstärkte Bereitstellung und Schulung von Personal, das mit Tätern und Opfern von Menschenhandel in Berührung kommt.

Bei der Bekämpfung von Menschenhandel unterstützen wir Bündnis-Grüne einen gesamtstrategischen und menschenrechtsbasierten Ansatz.

Begründung

Zwischen den Abschnitten Organisierte Kriminalität und Gegen Geldwäsche vorgehen soll zu Menschenhandel als wichtigstem Unterfall organisierter Verbrechen ein separater Abschnitt eingefügt werden.

Die Bekämpfung von Menschenhandel wird von politischen und staatlichen Akteuren bisher nicht ausreichend priorisiert und forciert, obwohl es sich um Straftaten von immenser wirtschaftlicher Relevanz handelt und ihre Opfer großes Leid erfahren.

Wir müssen deshalb im Europawahlprogramm dafür sorgen, dass Menschenhandel als das wahrgenommen wird, was es ist: Ein organisiertes Menschenrechtsverbrechen im großen Stil, das aus dem kriminalistischen Dunkelfeld herausgeholt und mit allen Mitteln bekämpft werden muss.

Ein Abschnitt zu Menschenhandel findet sich schon im Kapitel Feminismus. Es ist jedoch falsch, Menschenhandel mit Zwangsprostitution gleichzusetzen. Menschenhandel nur als feministisches Thema zu setzen verleiht dem Kriminalitäts-Problem insgesamt nicht das ausreichende Gewicht.